

Was sieht Björn Höcke, wenn er auf Deutschland blickt?

Vier Stunden spricht Ben unscripted mit Björn Höcke. Er versucht, dessen politische Vorstellungswelt zu verstehen. Gerade deshalb ist das Gespräch aufschlussreich: Höcke entwickelt ausführlich, welche Veränderungen er wahrnimmt, wie er sie erklärt und welche politischen Konsequenzen er daraus zieht. Zugleich werden die Möglichkeiten und Grenzen dieses Gesprächsformats sichtbar.

Björn Höcke gehört zu den Politikern, über die in Deutschland sehr viel gesprochen wird und mit denen viele Menschen möglichst nicht sprechen wollen. Ben unscripted lädt ihn zu einem mehr als vierstündigen Gespräch ein.¹

Zu Beginn erklärt Ben sein Interesse. Politiker unterschiedlicher Lager hätten ihm immer wieder gesagt, die AfD sei wegen Höcke nicht wählbar. Er wolle deshalb wissen, wer dieser Björn Höcke eigentlich sei. Er wolle mit ihm sprechen, „als wäre er ein Mensch“, und am Ende „klüger rausgehen, als ich reingegangen bin“. Höcke müsse ihm dafür „die Tür in [seine] Welt aufmachen“.

Das Gespräch erhält dadurch eine besondere Form. Ben ordnet Höckes Aussagen nicht fortlaufend politisch ein, sondern versucht zunächst, ihre innere Logik zu verstehen. Dadurch entsteht ungewöhnlich viel Material über Höckes Wahrnehmungen, Ursachenannahmen und politische Ziele.²

Vom Lehrer zum AfD-Landesvorsitzenden

Schon zu Beginn zeigt sich, wie Ben vorgeht.

Höcke erzählt von seinem früheren Leben als Lehrer. Seine Zeit an einer Schule in Bad Sooden-Allendorf beschreibt er als „gute Zeit“ mit freundlichen Kollegen, engagierten Eltern und Schülern. Bei einem späteren Besuch sei er „nostalgisch“ und „schwermütig“ geworden.

Dann berichtet er, 2013 sei die AfD gegründet worden und er habe sich am Aufbau des Thüringer Landesverbandes beteiligt.

Ben unterbricht. Das gehe ihm zu schnell. Zwischen einem Mann, der morgens um acht Schülern Schwimmen beibringe, und jemandem, der einen AfD-Landesverband gründe, liege ein „riesiger Sprung“. Was sei dazwischen passiert? (ca. 10:18–10:53)

Höcke erzählt daraufhin ausführlicher von seiner Politisierung. Die Geburt seines ersten Kindes habe sein Verantwortungsgefühl verändert. Er und seine Frau hätten sich zunehmend mit der „Lage im Land“ beschäftigt: „Wir sind dann eigentlich beide politisch geworden.“

Hinzu kamen Erfahrungen als Lehrer. An einer Schule nahm er eine „überbordende Multikulturalisierung“ wahr. In Nordhessen erlebte er sinkende Schülerzahlen und sprach von einer „demographischen Katastrophe“ (ca. 17:38–18:20).

Aus diesen Erfahrungen entwickelt sich im Gespräch eine politische Erzählung.

Deutschland als verlorene Ordnung

Viele von Höckes Aussagen folgen einer gemeinsamen Grundfigur: Deutschland hat aus seiner Sicht etwas verloren.

Er nennt gesellschaftliches Vertrauen, kulturelle Selbstverständlichkeit, demographische Kontinuität, politische Souveränität, Meinungsfreiheit, eine funktionierende Energieversorgung und ein unbefangeneres Verhältnis zur eigenen Geschichte.

Deutschland sei über lange Zeit eine „Vertrauensgesellschaft“ gewesen, getragen von einem gemeinsamen „Werte- und Sittengefüge“ (ca. 157:06–158:48). Noch vor dreißig Jahren habe man sich im öffentlichen Raum weniger sorgen müssen, die Schulen hätten funktioniert; heute breche „die kulturelle Basis“ weg.

Diese Verlustdiagnose strukturiert einen großen Teil seiner politischen Vorstellungen. Viele seiner Forderungen zielen darauf, frühere Zustände oder frühere Handlungsmöglichkeiten wiederherzustellen: durch Rückabwicklung, Begrenzung, Rückverlagerung von Kompetenzen oder Wiedergewinnung nationaler Souveränität.

Ob die beschriebenen früheren Zustände tatsächlich so bestanden und wodurch sie sich verändert haben, ist eine andere Frage. Im Gespräch wird zunächst sichtbar, wie Höcke selbst diese Entwicklungen verbindet.

Zwei Erinnerungen an dieselbe Zeit

Beim Thema Meinungsfreiheit erinnert sich Höcke an die frühen 2000er Jahre als Zeit einer „Herrschaft der politischen Korrektheit“. Man habe „immer aufpassen“ müssen, was man sage. Es sei eine „Gratwanderung“ gewesen.

Ben erinnert sich anders. Als junger Erwachsener habe er damals keine entsprechende Einschränkung wahrgenommen. Er fragt Höcke:

„Ist das meine Wahrnehmung, die kaputt war?“

Dadurch stehen zunächst zwei unterschiedliche Erfahrungen derselben gesellschaftlichen Wirklichkeit nebeneinander. Höcke muss erklären, weshalb er diese Zeit anders erlebt hat.

Im weiteren Gespräch erweitert er seine persönliche Erfahrung zu einer umfassenderen politischen Diagnose. Medien, Verfassungsschutz, Justiz und parlamentarische Verfahren erscheinen ihm als Institutionen, die den politischen Wettbewerb verzerren. Beim Verfassungsschutz spricht er von „Gesinnungsschnüffelei“ und „Konkurrenzschutz“, die Bundesrepublik nennt er eine „Demokratiesimulation“. Der Verfassungsschutz sei ein „Kampfinstrument der etablierten Kräfte“, Medien seien weitgehend „gleichgeschaltet“ (ca. 79:00–85:24).

Damit wird aus einer persönlichen Erfahrung eine Erklärung gesellschaftlicher Machtverhältnisse. Genau an diesem Übergang setzt eine spätere Prüfung an: Wie gut erklärt diese Diagnose die beobachteten Vorgänge?

Migration als zentrale Erklärung

Besonders dicht ist Höckes politische Vorstellungswelt beim Thema Migration.

Migration verbindet für ihn Demographie, kulturelle Zugehörigkeit, Schule, innere Sicherheit, Sozialstaat und nationale Selbstbestimmung. Sie erhält dadurch eine außergewöhnlich große Erklärungskraft.

Höcke grenzt sich ausdrücklich von „Rassenbiologie“ und „Rassenideologien“ ab – „das waren die Nazis“. Gleichzeitig formuliert er das Ziel, „die ethnokulturelle Kontinuität des deutschen Volkes zu erhalten“ (ca. 169:23–171:01).

Menschen ohne Asylanspruch sollen nach seiner Vorstellung keinen dauerhaften Duldungsstatus erhalten: „Dann muss dieser Mensch das Land wieder verlassen.“ Das Staatsangehörigkeitsrecht möchte er wieder stärker am Abstammungsprinzip orientieren und entsprechende Reformen „rückabwickeln“.³

Bei bereits eingebürgerten Menschen zieht er eine rechtsstaatliche Grenze. Wenn die Staatsangehörigkeit rechtmäßig erworben wurde, gelte:

„Wer die Staatsbürgerschaft hat [...] ist staatsrechtlich gesehen Deutscher.“

An dieser Stelle setzt Ben mit einem konkreten Fall an.

Der Dönerbudenbesitzer

Ben konstruiert einen deutschen Staatsbürger türkischer Herkunft. Er arbeitet, betreibt eine Dönerbude, ist Muslim und lebt in einem türkisch geprägten sozialen Umfeld.

Dieser Mann könnte Höckes Ausführungen hören und denken:

„Eigentlich will der Höcke mich nicht da haben.“ (ca. 190:14–191:40)

Damit treffen zwei Bestandteile von Höckes Vorstellung unmittelbar aufeinander: staatsbürgerliche Gleichheit und das Ziel ethnokultureller Kontinuität.

Höcke sagt einerseits, deutsche Staatsbürger seien staatsrechtlich Deutsche. Andererseits soll Deutschland „so deutsch wie möglich“ werden und seine „ethnokulturelle Kontinuität“ bewahren. An anderer Stelle spricht er davon, durch politische Maßnahmen „Remigrationsdruck“ zu erzeugen (ca. 169:05–169:38).⁴

Der konkrete Fall zwingt zur Klärung, welche praktische Bedeutung diese Aussagen zusammen haben.

Hier liegt eine besondere Stärke von Bens Vorgehen. Abstrakte politische Begriffe werden an einer konkreten Lebenssituation geprüft. Dadurch treten Spannungen hervor, die in allgemeinen Formulierungen leicht verborgen bleiben.

Volk, Familie und Geschichte

Höcke versteht das deutsche Volk weder ausschließlich staatsbürgerlich noch biologisch. Er beschreibt es als historisch gewachsenen Zusammenhang aus Herkunft, Sprache, Kultur und gemeinsam erlebter Geschichte.⁵

Familie besitzt in dieser Vorstellung eine zentrale Funktion, weil sie Kontinuität zwischen den Generationen herstellt. Deutschland solle „als Heimat meiner Kinder erhalten“ bleiben, „nicht nur dem Namen nach, sondern auch materiell inhaltlich Deutschland“.

Damit verbindet Höcke zwei demographische Entwicklungen: niedrige Geburtenzahlen und Zuwanderung. Familien sollen bessere Bedingungen erhalten. Beim Fachkräftemangel möchte er zunächst vorhandene Potenziale entwickeln:

„Machen wir die erstmal zu den Fachleuten von morgen.“

Eine Gesellschaft soll demnach möglichst selbst die Voraussetzungen ihres Fortbestands hervorbringen: Kinder, Fachkräfte und kulturelle Kontinuität.

Damit bleibt die Frage nach der Zugehörigkeit eingebürgerter Deutscher besonders wichtig. Staatsbürger gehören rechtlich zum politischen Souverän. Weniger eindeutig ist, welchen Platz sie innerhalb des von Höcke angestrebten ethnokulturellen Zusammenhangs einnehmen.

Geschichte und „Normalität“

Auch Höckes Geschichtsbild folgt seiner Verlustdiagnose.

Deutschland sei ein „blockiertes Land“, das deutsche Volk habe „sich selbst verloren“. Gute Politik setze ein Staatsvolk voraus, das „in einer intakten Traditionslinie steht“ und „seine eigenen Werte leben kann“ (ca. 20:10–21:05).

Seine bekannte Forderung nach einer erinnerungspolitischen „Wendung um 180 Grad“ erläutert er im Gespräch mit dem Satz:

„Ein Volk, das in Dauerschuld gehalten wird, hat keine Zukunft.“ (ca. 120:32)⁶

Die Wendung um 180 Grad bedeute nach seiner Darstellung keine vollständige Verherrlichung der deutschen Geschichte. Deutschland solle sich vielmehr dem Umgang anderer Nationen mit ihrer Vergangenheit annähern und „wieder normal werden“ (ca. 121:03–121:24).

Zugleich fordert Höcke „wirkliche Multiperspektivität“ im Geschichtsunterricht.

Im Interview wird ausführlich erkennbar, wogegen sich seine erinnerungspolitische Kritik richtet. Weniger entwickelt ist sein eigenes Gesamtbild des Nationalsozialismus. Dieser Teil bleibt im Gespräch vergleichsweise offen.

Wer kann noch entscheiden?

Eine zweite zentrale Linie betrifft politische Verfügungsmacht.

Höcke fordert eine „patriotische Politik“, die wieder „deutsche Interessen definieren und umsetzen und durchsetzen, wo es geht“ (ca. 79:50–80:00).

Seine Kritik richtet sich gegen die Europäische Union, gegen außenpolitische Abhängigkeit von den Vereinigten Staaten und gegen innerstaatliche Institutionen, die nach seiner Auffassung den demokratischen Machtwechsel erschweren.

Demokratie bedeutet für ihn ausdrücklich, „dass grundsätzlich aus einer Regierung Opposition und aus einer Opposition Regierung werden kann“ (ca. 250:41–251:29).

Aus diesem Maßstab ergibt sich unmittelbar eine wichtige Prüffrage: Wie würden die von Höcke geforderten Regeln funktionieren, wenn seine eigene Partei regiert?

Wenn der Einsatz staatlicher Institutionen gegen politische Opposition unzulässig ist, muss dieser Grundsatz unabhängig davon gelten, wer die Regierung stellt. Dasselbe gilt für Meinungsfreiheit und Rechtsstaatlichkeit.

Besonders relevant wird diese Frage bei Höckes Ankündigung einer späteren „Aufarbeitung“ der „Machenschaften eines deformierten Rechtsstaates“ und einer „politischen Justiz“ (ca. 243:05–246:12). Er fordert eine rechtsstaatliche Aufarbeitung. Damit muss allerdings präzise unterschieden werden zwischen tatsächlichem Rechtsbruch und politischem Handeln, das eine neue Regierung lediglich für falsch hält.

Souveränität bleibt institutionell unscharf

Höckes Ziel größerer nationaler Souveränität ist im Gespräch deutlich. Weniger klar wird, wie diese Souveränität institutionell funktionieren soll.

Welche Kompetenzen sollen auf die nationale Ebene zurückkehren? Welche sollen europäisch ausgeübt werden? Wie sollen Binnenmarkt, Währung, grenzüberschreitende Wirtschaftsbeziehungen oder gemeinsame Regulierung organisiert werden?

Auch wirtschaftliche Verfügungsmacht spielt nur eine geringe Rolle. Höcke spricht ausführlich darüber, wer über Grenzen, Gesetze und staatliche Kompetenzen entscheiden soll. Über Eigentumsstrukturen, Unternehmensmacht, Mitbestimmung oder die Verteilung wirtschaftlicher Entscheidungsmacht erfährt man deutlich weniger.⁷

Dadurch bleibt ein wichtiger Teil seiner Souveränitätsvorstellung unterentwickelt.

Frieden und die fehlende Belastungsprobe

Gegen Ende des Gesprächs beschreibt Höcke sein friedenspolitisches Leitbild.

Nach den „schrecklichen Kriegen des 20. Jahrhunderts“ müssten die Deutschen wissen, „was Krieg ist“. Deutschland habe „die Nase gestrichen voll [...] von Krieg jeder Art und Weise“. Politik müsse auf „Versöhnung“, „Völkerverständigung“ und „Friedenswahrung“ gerichtet sein (ca. 270:24–270:54).

Ben konstruiert anschließend den Fall eines Rechtsextremen, der die Jahre 1941 bis 1943 für Deutschlands beste Zeit hält und meint, Deutschland müsse zurückkehren und diesmal „den Krieg gewinnen“ (ca. 271:04–271:47).

Höcke grenzt sich davon ab. Ideologen, die Menschenleben einem Welterklärungsmodell oder utopischen Ziel unterordnen, seien nicht seine Sache:

„Da gehe ich nicht mit.“

Sein friedenspolitisches Leitbild ist damit relativ klar erkennbar. Die konkrete Anwendung bleibt dünner. Gerade der Ukrainekrieg hätte sich als Belastungsprobe angeboten. Wie sind russische, ukrainische, deutsche und europäische Interessen gegeneinander abzuwägen? Welche Rolle spielen Waffenlieferungen, Sanktionen, Sicherheitsgarantien oder eine europäische Sicherheitsordnung?

Diese Fragen werden im Gespräch kaum entwickelt.

Wie Ben prüft

Ben widerspricht Höcke relativ selten unmittelbar. Seine stärksten Fragen folgen anderen Mustern.

Er bemerkt Erklärungslücken, wie beim „riesigen Sprung“ vom Lehrer zum AfD-Landesvorsitzenden.

Er stellt eine andere Erfahrung daneben, wie beim Thema Meinungsfreiheit.

Er übersetzt abstrakte Begriffe in konkrete Fälle, wie beim türkischstämmigen Dönerbudenbesitzer.

Und er verändert gedanklich die Machtverhältnisse, etwa mit der Frage, was Höcke bei einer Zweidrittelmehrheit tatsächlich tun würde.

Dadurch werden Zusammenhänge, Konsequenzen und Spannungen sichtbar. Höcke muss seine eigenen Aussagen miteinander verbinden und auf konkrete Fälle anwenden.

Ein konfrontativeres Interview könnte andere Stärken haben, würde aber möglicherweise weniger Material über die innere Struktur seiner politischen Vorstellungen hervorbringen.

Die Grenze des Formats

Die Offenheit des Gesprächs garantiert keine Vollständigkeit.

Welche Teile von Höckes Welt sichtbar werden, hängt von Bens Vorwissen, seinen Interessen, seinen spontanen Nachfragen und dem Gesprächsverlauf ab.⁸

Beim Klima wird Höckes Kritik an der Energiewende sehr ausführlich. Er sagt:

„Wer hat denn in den letzten 10 Jahren, Stichwort Energiewende, ein funktionierendes Energieversorgungssystem einfach zerstört?“

Und:

„Wir steigen aus der Energiewende aus, weil diese Energiewende unser Land deindustrialisiert.“

Welche Vorstellung Höcke vom Klimawandel selbst hat, wird wesentlich weniger deutlich.

Ähnlich ist es bei Wirtschafts- und Sozialpolitik. Höcke beschreibt den Sozialstaat als Solidarsystem für Menschen, die „unverschuldet in Not geraten“ sind. Beim Bürgergeld kritisiert er, wenn Menschen Leistungen erhalten, obwohl sie „noch niemals einen Beitrag“ geleistet hätten. Menschen ohne Aufenthaltsrecht möchte er nur elementar versorgen – „Bett, Brot und Seife“ (ca. 186:24–187:30).

Über Tarifbindung, Gewerkschaften, Mitbestimmung, Vermögensungleichheit, Eigentumsstrukturen oder Marktmacht erfährt man dagegen kaum etwas.

Aus solchen Leerstellen folgt keine politische Position. Sie markieren lediglich die Grenzen dessen, was dieses konkrete Gespräch erschlossen hat.

Gespräch und Wirklichkeitsprüfung

Ben kann Höcke dazu bringen, seine Wahrnehmungen und Erklärungen auszuführen. Er kann Konsequenzen und innere Spannungen sichtbar machen.

Ob Höckes Ursachenannahmen empirisch tragen, erfordert zusätzliche Quellen und andere Perspektiven.

Das gilt besonders für seine zentrale Verlustdiagnose.

Arbeitswelten, gesellschaftliche Milieus, Parteien, Kirchen, Vereine, Familienstrukturen und staatliche Institutionen haben sich über Jahrzehnte verändert. In Ostdeutschland kam nach 1989 ein besonders tiefer gesellschaftlicher Bruch hinzu: Betriebe wurden geschlossen oder grundlegend umgebaut, Erwerbsbiographien unterbrochen, Institutionen ersetzt und Führungseliten ausgetauscht. Zugleich entstanden politische Freiheiten, Konsummöglichkeiten und neue individuelle Handlungsspielräume.⁹

Im Westen verliefen die Veränderungen weniger abrupt, betrafen aber ebenfalls Arbeitsmarkt, Tarifbindung, Sozialstaat, Milieus, europäische Integration, Digitalisierung und Demographie.¹⁰

Migration gehört zu diesen Veränderungsprozessen. Ihre tatsächliche Bedeutung lässt sich erst beurteilen, wenn auch andere mögliche Ursachen berücksichtigt werden.¹¹

Damit verschiebt sich die Frage: Welche verschiedenen gesellschaftlichen Entwicklungen tragen zu Erfahrungen von Verlust, Unsicherheit oder Kontrollverlust bei, und welchen Anteil hat Migration daran?

Die Erklärungskraft der Migration

Migration besitzt in Höckes Vorstellungswelt eine besondere politische Funktion, weil sie zahlreiche Probleme miteinander verbindet.

Veränderungen im öffentlichen Raum, Schule, Demographie, kulturelle Zugehörigkeit, innere Sicherheit, Sozialstaat und nationale Kontinuität erhalten eine gemeinsame Ursache. Daraus folgen unmittelbar politische Handlungen: Zuwanderung begrenzen, Aufenthaltsrecht verändern, Rückführungen ausweiten, Einbürgerungsregeln ändern und Familien fördern.

Die Reichweite dieser Erklärung muss empirisch geprüft werden. Falls gesellschaftliche Verluste Erfahrungen teilweise andere Ursachen haben, erweitert sich auch der politische Handlungsraum. Dann geraten Arbeitswelt, Institutionen, Infrastruktur, Eigentumsverhältnisse oder regionale Transformationsprozesse stärker in den Blick.

Gerade deshalb ist Höckes weitgehende Ausblendung wirtschaftlicher Verfügungsmacht bemerkenswert.

Rückgewinnung oder Neugestaltung?

Viele von Höckes Vorschlägen zielen auf Rückgewinnung: Zuwanderung begrenzen, staatsrechtliche Änderungen rückabwickeln, Kompetenzen zurückholen, Energiepolitik korrigieren, gesellschaftliche Kontinuität wiederherstellen.

Bei manchen politischen Entscheidungen ist eine solche Umkehr möglich.

Andere Entwicklungen verlangen neue Lösungen. Die DDR kann nicht wiederhergestellt werden, ebenso wenig die alte Bundesrepublik. Wirtschaftsstruktur, Demographie, Digitalisierung und internationale Beziehungen haben sich dauerhaft verändert. Klimawandel und Veränderungen der globalen Ordnung stellen zusätzliche Probleme dar.

Damit entsteht eine Zukunftsfrage, die im Interview weniger entwickelt wird: Welche Institutionen und gesellschaftlichen Arrangements sollen unter den heutigen Bedingungen entstehen?

Höckes politische Vorstellungswelt ist präziser bei der Beschreibung dessen, was gestoppt oder rückabgewickelt werden soll, als bei der institutionellen Ausgestaltung einer künftigen Ordnung.

Was das Interview außerdem nicht vollständig zeigt

Andere Äußerungen Höckes ergänzen das Bild.^{[12](#)}

Dort spricht er von „solidarischem Patriotismus“, von einer stärkeren Orientierung an den „einfachen Leuten“ und davon, dass die AfD von der traditionellen Arbeiterbewegung lernen könne. Als Anregung für eine alternative Wirtschaftsordnung nennt er Sahara Wagenknecht.

Er fordert außerdem einen Elitenwechsel. Eine „fordernde und fördernde politische Elite“ solle die „Volksgeister wieder“ wecken. Das deutsche Gemeinwesen beschreibt er als „heruntergekommenes deutsches Haus“, an dem umfassende „Renovierungsarbeiten“ notwendig seien. Dem Staat weist er eine „bändigende, ordnende und gestaltende“ Funktion zu.

Auch Machiavelli und Carl Schmitt spielen in seinem politischen Denken eine Rolle. Höcke greift Schmitts Freund-Feind-Begriff ausdrücklich auf. Auf die Nachfrage Sebastian Hennigs, ob diese Unterscheidung auf die inneren oder äußeren Angelegenheiten eines Gemeinwesens bezogen sei, antwortet er: „Primär auf die Außenpolitik.“^{[13](#)}

Diese Aussagen zeigen, dass das Ben-Interview einen wichtigen, aber begrenzten Ausschnitt erfasst. Ein einzelnes Gespräch kann keine vollständige politische Rekonstruktion leisten.

Was gewinnt man durch das Gespräch?

Bens Gespräch macht Höckes politische Vorstellungswelt in wichtigen Bereichen nachvollziehbar.

Zwei große Verlustgeschichten strukturieren sie.

Die erste betrifft gesellschaftliche und kulturelle Kontinuität. Migration, Demographie, Familie, Volk und Geschichte gehören hier zusammen.

Die zweite betrifft Meinungsfreiheit und politische Verfügungsmacht. Medien, Verfassungsschutz, Justiz, parlamentarische Verfahren, europäische Integration und außenpolitische Abhängigkeit werden in diesem Zusammenhang gedeutet.

Beide folgen einer ähnlichen Logik: Wahrgenommene Veränderung, Ursachenerklärung, Verantwortungszuschreibung und politische Gegenhandlung.

Dadurch wird auch der politische Streit präziser. Er betrifft die Genauigkeit der Wahrnehmungen, die Tragfähigkeit der Ursachenannahmen, übersehene Alternativerklärungen, die Folgen vorgeschlagener Maßnahmen und die Frage, ob politische Maßstäbe unabhängig vom jeweiligen Machtverhältnis gelten.

Bens Ansatz eignet sich besonders gut zur Rekonstruktion einer Binnenperspektive und zur Prüfung ihrer inneren Konsequenz. Seine Grenzen liegen bei Vollständigkeit und empirischer Überprüfung.

Das Gespräch erschließt Höckes politische Welt. Die anschließende Analyse muss klären, wie sie aufgebaut ist und wie weit ihre Erklärungen tragen.

Anmerkungen

Ich habe dabei drei Arten von Fußnoten unterschieden: **Quellennachweise**, **knapp** **Begriffsklärungen** und **methodische Präzisierungen**. Die Zeitmarken des Ben-Gesprächs würde ich dagegen im Text belassen. Sie ermöglichen dem Leser, eine konkrete Passage unmittelbar wiederzufinden, ohne ständig in den Fußnotenapparat wechseln zu müssen. Die Angaben zu „riesigem Sprung“ und Dönerbudenbesitzer sind beispielsweise im vorhandenen Material mit ca. 10:18–10:53 bzw. 190:14–191:40 dokumentiert.

Die Fußnoten 9–11 greifen außerdem bewusst auf die bereits recherchierte Literatur der früheren Fassung zurück, statt dafür neue Literatur einzuführen.

Footnotes

1. Quelle des Gesprächs: **{ungeskriptet} by Ben**, „Ich habe mich getraut, Björn Höcke einzuladen“, Gespräch mit Björn Höcke, aufgenommen am 14. April 2026, veröffentlicht am 29. April 2026 auf YouTube. Für die Analyse wurde ein am 7. Mai 2026 von SozAI erstelltes automatisches Transkript verwendet. Automatische Transkripte können Fehler enthalten; die verwendeten Kurzzitate wurden deshalb anhand der jeweiligen Zeitmarken kontrolliert. ↩
2. Der Artikel verwendet einen im Projekt „Orientierung“ entwickelten Zugang: Zunächst wird rekonstruiert, wie ein Akteur seine Situation wahrnimmt, welche Ursachen er annimmt und welche Handlungsmöglichkeiten er daraus ableitet. Erst anschließend werden diese Annahmen geprüft. Dadurch sollen Beschreibung und Bewertung möglichst klar getrennt werden. ↩
3. Höcke bezieht sich auf die Reform des deutschen Staatsangehörigkeitsrechts von 1999/2000, durch die das traditionelle *ius sanguinis* (Abstammungsprinzip) um Elemente des *ius soli* (Geburtsortprinzip) ergänzt wurde. Seine ausführlichere Vorstellung von Volk und Staatsangehörigkeit findet sich auch in: Björn Höcke/Sebastian Hennig, *Nie zweimal in denselben Fluß*. ↩
4. Der Begriff „Remigration“ kann unterschiedliche Bedeutungen haben. Entscheidend ist hier deshalb Höckes eigene Konkretisierung im Gespräch. Er unterscheidet zwischen Menschen ohne Aufenthaltsrecht, ausländischen Staatsangehörigen und eingebürgerten deutschen Staatsbürgern. Gerade Bens Fallbeispiel prüft, welche praktische Bedeutung „ethnokulturelle Kontinuität“ für die letzte Gruppe besitzt. ↩
5. Ausführlicher formuliert Höcke diesen Volksbegriff im Gespräch mit Sebastian Hennig. Dort nennt er Abstammung, Sprache, Kultur und gemeinsam erlebte Geschichte als konstitutive Elemente und behandelt auch das Verhältnis von *ius sanguinis* und *ius soli*. ↩
6. Die Formulierung von der „erinnerungspolitischen Wende um 180 Grad“ stammt aus Höckes Dresdner Rede vom Januar 2017. Im Ben-Gespräch erläutert er selbst, was er heute darunter versteht. Für die Rekonstruktion seiner gegenwärtigen Vorstellungswelt wird hier zunächst diese Selbstausslegung zugrunde gelegt. ↩
7. Die Unterscheidung zwischen formaler staatlicher Souveränität und tatsächlicher wirtschaftspolitischer Handlungsmacht ist erheblich. Zur Diskussion dieser Frage vgl. William Mitchell/Thomas Fazi, *Wie wir den Staat zurückgewinnen. Souveränität in einer*

- Welt nach dem Neoliberalismus*, Edition Makroskop/Promedia, Wien 2025. Ihr Argument bezieht sich besonders auf währungssouveräne Staaten; Mitgliedstaaten der Eurozone verfügen gerade nicht über diese Form monetärer Souveränität. ↩
8. Das ist eine methodische Grenze offener Interviews generell. Ein fehlendes Thema belegt nicht, dass der Gesprächspartner dazu keine Position besitzt. Festgestellt werden kann zunächst nur, dass die entsprechende Position aus diesem Gespräch nicht hinreichend rekonstruiert werden kann. ↩
 9. Zur ostdeutschen Transformation vgl. Harald Bielski/Christian Brinkmann/Bärbl Kohler, *Erwerbsverläufe und arbeitsmarktpolitische Maßnahmen in Ostdeutschland*, IAB-Werkstattbericht 12/1994; Raj Kollmorgen, „Zwischen Austausch und Marginalisierung: Ostdeutsche in den Eliten nach der Vereinigung“, Bundeszentrale für politische Bildung, 26. Mai 2020; Kerstin Schweigel/Astrid Segert/Irene Zierke, „Leben im Umbruch“, *Aus Politik und Zeitgeschichte* B 29–30/1992. ↩
 10. Vgl. etwa Christian Hohendanner/Susanne Kohaut, „Tarifbindung und betriebliche Interessenvertretung: Ergebnisse aus dem IAB-Betriebspanel 2023“, *WSI-Mitteilungen* 77 (4/2024); OECD, *Collective Bargaining in OECD and Accession Countries: Germany*; Frank Oschmiansky/Julia Berthold, „Aktivierender Staat und aktivierende Arbeitsmarktpolitik“, Bundeszentrale für politische Bildung, 27. Februar 2020. ↩
 11. Zum Zusammenhang von Migration, gesellschaftlichen Belastungen und politischer Reaktion existieren unterschiedliche Befunde. Vgl. etwa Sachverständigenrat für Integration und Migration, *Raum für Entwicklung: Wohnen und Teilhabe in der Einwanderungsgesellschaft*, Jahresgutachten 2026; Kim Leonie Kellermann/Simon Winter, „Immigration and anti-immigrant voting in the 2017 German parliamentary election“, *German Economic Review* 23 (3/2022), S. 341–401; Max Schaub/Johanna Gereke/Delia Baldassarri, „Strangers in Hostile Lands“, *Comparative Political Studies* 54 (3–4/2021), S. 686–717. Die Untersuchungen behandeln unterschiedliche Wirkungszusammenhänge und ergeben keine einfache Kausalkette. ↩
 12. Die folgenden Ergänzungen stammen vor allem aus Björn Höcke/Sebastian Hennig, *Nie zweimal in denselben Fluß. Björn Höcke im Gespräch mit Sebastian Hennig*. Dort finden sich die Ausführungen zum „solidarischen Patriotismus“, zu Gegenelite und Elitenwechsel, zur „fordernden und fördernden politischen Elite“, zur „pluralen Führung“, zu den „Renovierungsarbeiten“ am deutschen Staat sowie zum „bändigenden, ordnenden und gestaltenden Staat“. ↩
 13. Höcke/Hennig, *Nie zweimal in denselben Fluß*, Gespräch über Carl Schmitts politischen Freund-Feind-Begriff. Höcke formuliert dort: „Freund ist, wer den Interessen der Nation dient, Feind ist, wer diesen entgegensteht.“ Auf Hennigs Frage nach der inneren oder äußeren Anwendung antwortet er: „Primär auf die Außenpolitik.“ Diese Einschränkung ist wichtig, weil sich aus Höckes Schmitt-Bezug allein nicht ableiten lässt, dass er innenpolitische Gegner zu „Feinden“ erklärt. ↩